

Stadtbergen-Deuringen, den 24. Juli 2026

Der Unterbezirksparteitag der SPD Augsburg-Land hat an seiner Versammlung am 24.07.2026 folgendes beschlossen:

SOZIALSTAAT IST KEIN LUXUS – WIR VERTEIDIGEN DEN ZUSAMMENHALT VOR ORT

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten an, damit dieses Land zusammenhält. Der Sozialstaat ist dafür unser wichtigstes Werkzeug. Dahinter steht ein einfaches Versprechen: Niemand fällt ins Bodenlose. Wer arbeitet, soll davon leben können. Wer krank wird, wird versorgt. Wer alt wird, ist abgesichert. Genau dieses Versprechen wird heute offen in Frage gestellt – und wir nehmen den Streit darum an. Sachlich, pragmatisch und an der Seite der Menschen in unseren Städten und Gemeinden.

1. Die konservative Erzählung vom „unbezahlbaren“ Sozialstaat

Seit dem Sommer 2025 prägt ein Satz die Debatte. Bundeskanzler Friedrich Merz erklärte auf dem CDU-Landesparteitag in Osnabrück, der Sozialstaat in heutiger Form sei „nicht mehr finanzierbar“. Er kündigte einen „Herbst der Reformen“ an und stellte Kürzungen beim Bürgergeld in Milliardenhöhe in Aussicht. Von Worten wie Sozialabbau und Kahlschlag, sagte er, wolle er sich nicht irritieren lassen.

Das ist keine Haushaltsanalyse, sondern Politik. Die Konservativen verkaufen eine Verteilungsentscheidung als Sachzwang. Sie entlasten Unternehmen und Spitzeneinkommen, sie erklären die Ausrüstung zur Priorität – und die Rechnung dafür sollen am Ende die tragen, die ohnehin schon am stärksten belastet sind. Der Sozialstaat ist nicht zu teuer. Er soll nur billiger werden, weil das Geld anderswo ausgegeben wird.

Dieser Erzählung widersprechen wir mit Nachdruck. Das soziale Schutzniveau darf nicht sinken. Wer in der Krise zuerst bei den Schwächsten spart, schwächt am Ende das ganze Land. Und überall dort, wo Menschen den Halt verlieren, gewinnen Spaltung und Rechtsextremismus.

Damit steht der Kanzler nicht unwidersprochen da. Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2026 erntete er für seine Kürzungspläne offenen Protest. DGB-Chefin Yasmin Fahimi drehte die entscheidende Frage um: Es gehe nicht darum, ob wir uns den Sozialstaat leisten können, sondern worauf die Menschen einen legitimen Anspruch haben. Vom DGB über die Wohlfahrtsverbände – AWO, Caritas, Diakonie, VdK und Paritätischer – bis zu den Sozialverbänden hält ein breites Bündnis dagegen. Das ist kein parteipolitischer Streit, sondern breiter gesellschaftlicher Konsens.

2. Was die Zahlen sagen – und was nicht

Die Behauptung der Unfinanzierbarkeit hält den Fakten nicht stand.

Der Bundeszuschuss zur Rente ist – gemessen an unserer Wirtschaftskraft – nicht explodiert, sondern gesunken. Sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt fiel über zwei Jahrzehnte von rund 3,5 auf 2,8 Prozent. Auch sein Anteil an den Rentenausgaben ging zurück. Wer von „Rekordausgaben“ spricht, nennt nur die absolute Summe und verschweigt die Wirtschaftsleistung, die dahintersteht.

In der Krise fängt der Sozialstaat die Menschen auf. Bricht die Konjunktur ein, hält er Familien über Wasser und stützt die Nachfrage, wenn der Markt sie wegbrechen lässt. Und er ist kein Almosen: Rente, Gesundheit und Pflege sind Versicherungen, in die Millionen Menschen ihr Leben lang einzahlen. Das ist erarbeiteter Anspruch, kein Geschenk.

Hinzu kommt: Ein guter Sozialstaat ist finanzierbar. Berechnungen des Sozialverbands VdK zeigen das, und der Sozialstaatsradar 2025 belegt, dass eine breite Mehrheit ihn will – und bereit ist, ihn mitzutragen. Die eigentliche Frage ist deshalb nicht, ob wir uns den Sozialstaat leisten können, sondern ob wir ihn gerecht finanzieren.

Wir machen es uns dabei nicht zu einfach. Die Demografie setzt Rente und Pflege real unter Druck. Verfahren sind zu kompliziert, es gibt Doppelstrukturen, Fehlanreize und auch Missbrauch, der konsequent verfolgt gehört. Das verschweigen wir nicht. Aber unsere Antwort heißt: den Sozialstaat besser organisieren statt ihn kaputtzusparen. Auch die Gewerkschaften fordern einen treffsicheren und wirksamen Sozialstaat, dessen Leistungen schneller und zielgenauer ankommen. Das ist auch unser Maßstab. Reform heißt für uns, die Hilfe wirksamer zu machen.

3. Die eigentliche Krise ist kommunal

Wo der Sozialstaat wirklich an seine Grenzen stößt, liegt es nicht an zu großzügigen Leistungen. Es liegt an einer kaputten Finanzierung. Und die bricht auf dem Rücken der Kommunen.

Die Kommunen verzeichneten 2025 ein Rekorddefizit von rund 32 Milliarden Euro. Über vier von fünf Landkreisen können ihren Haushalt kaum noch ausgleichen. Treiber sind die Sozialausgaben, vor allem Eingliederungshilfe, Kinder- und Jugendhilfe und Kosten der Unterkunft. Sie steigen Jahr für Jahr, oft im zweistelligen Bereich.

Der Mechanismus dahinter ist eine Zumutung. Bund und Land beschließen die Leistungen, die Rechnung aber trifft den Landkreis. Bundesweit tragen die Kommunen über ein Viertel aller Staatsausgaben und erhalten nur ein Siebtel der Steuern. Diese Schieflage ist kein Schicksal. Sie ist politisch gemacht, also politisch korrigierbar.

Hier liegt der Widerspruch der Konservativen offen zutage. Oben beklagen sie den „teuren Sozialstaat“, unten lassen sie die Kommunen ausbluten, die ihn jeden Tag erbringen müssen. Wer Pflichtaufgaben anordnet, sie aber nicht bezahlt, ruiniert die kommunale Selbstverwaltung.

Im Landkreis Augsburg lässt sich diese Kette lückenlos nachzeichnen. Eine der wichtigsten Sozialleistungen – die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung – trägt in Bayern der Bezirk. Er finanziert sie über die Bezirksumlage, die wir Landkreise zahlen. Steigen diese Kosten, steigt die Bezirksumlage. Und steigt die Bezirksumlage, gerät die Kreisumlage unter Druck, die am Ende die Städte und Gemeinden tragen. Am unteren Ende dieser Kette hat niemand die Kosten beschlossen.

Die Zahlen aus dem Kreishaushalt 2026 sprechen für sich. Größter Ausgabeposten im Verwaltungshaushalt sind nicht etwa eigene Kosten, sondern die Bezirksumlage: 108,1 Millionen Euro, gut 29 Prozent des gesamten Haushalts von rund 370 Millionen Euro. Dazu kommen 64,8 Millionen Euro für eigene Sozial- und Jugendhilfe, weitere 17 Prozent. Zusammen sind das rund 47 Prozent des Verwaltungshaushalts – für Soziales, das der Landkreis kaum selbst steuern kann.

Die Steigerungsraten sind enorm. Allein die wirtschaftliche Jugendhilfe wächst binnen eines Jahres von 25,7 auf 31,5 Millionen Euro, ein Plus von fast 23 Prozent. Der Bereich Vormundschaft, Beistand und Unterhaltsvorschuss klettert von 29,5 auf 35,6 Millionen Euro. Solche Sprünge stemmt kein Haushalt auf Dauer aus eigener Kraft.

In dieser Lage haben wir Verantwortung gezeigt. Für den Haushalt 2025 hat der Kreistag die Kreisumlage stabil gehalten – auch mit den Stimmen der SPD –, obwohl der Bezirk seine Umlage um 3,8 Prozentpunkte erhöht hatte. Wir wollten die Gemeinden nicht zusätzlich belasten. 2026 war diese Grenze erreicht. Nach einer weiteren Erhöhung der Bezirksumlage um 1,8 Prozentpunkte musste die Kreisumlage von 49 auf 50,5 Prozent steigen, und zusätzlich entnehmen wir bis zu 4,47 Millionen Euro aus den Rücklagen. Das zeigt, wie eng es geworden ist: Ohne Strukturreform von oben ist die kommunale Ebene am Ende ihrer Kraft.

Pauschale Kürzungen freiwilliger Leistungen um 10 bis 20 Prozent, wie sie in den Beratungen erwogen wurden, lehnen wir ab. Trotzdem schlägt der Druck längst durch. Zwingende Angebotsreduzierungen im Nahverkehr (AVV), Verschiebungen von Infrastrukturmaßnahmen und Streichungen von Zuschüssen im Kulturbereich: das ist der eigentliche Sozialabbau – ausgelöst von Bund und Freistaat, ausgebadet vor Ort.

4. Unsere Antwort: moderner Sozialstaat und starke Kommunen

Wir als SPD wollen einen Sozialstaat, der verlässlich hilft und der funktioniert. Verlässlich für die Menschen, bezahlbar für die Kommunen, gerecht finanziert von allen. Dafür kämpfen wir – im Bund, im Freistaat und in unseren Räten.

Wir fordern vom Bund:

- den Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ durchzusetzen: Neue Sozialleistungen werden vollständig gegenfinanziert.
- die Kommunen bei Eingliederungshilfe, Kinder- und Jugendhilfe und Kosten der Unterkunft spürbar zu entlasten – damit Kosten nicht länger über Bezirks- und Kreisumlage nach unten durchgereicht werden.
- die kommunalen Einnahmen dauerhaft zu stärken, insbesondere über einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer.
- die kommunalen Altschulden zu lösen und Verfahren zu verschlanken statt Leistungen zu kürzen.
- die Einnahmeseite gerecht zu sichern: starke Schultern stärker beteiligen, Wachstum und Investitionen ermöglichen.
- Gesundheit und Pflege ist Daseinsvorsorge und darf nicht profitorientiert sein.

Wir fordern vom Freistaat Bayern:

- den kommunalen Finanzausgleich aufgabengerecht auszustatten.
- das Konnexitätsprinzip der Bayerischen Verfassung strikt einzuhalten: Wer Aufgaben überträgt, finanziert sie voll.
- den Druck auf die Kreisumlage über höhere Schlüsselzuweisungen zu senken.
- die bayerischen Bezirke bei der Eingliederungshilfe stärker zu finanzieren, damit der Anstieg der Bezirksumlage gestoppt wird.
- Kliniken und Pflege verlässlich mitzufinanzieren, statt Lasten nach unten durchzureichen.

Wir handeln vor Ort:

- Wir verteidigen freiwillige Leistungen, wo immer es geht – für Vereine, Kultur, ÖPNV und Soziales.
- Wir machen Finanzierungslücken transparent und benennen die Verursacher.
- Wir prüfen jeden Euro auf seine Wirkung – pragmatisch, nicht ideologisch.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Landkreis Augsburg stellen klar: Kürzen am Sozialstaat ist keine Reform. Es ist ein Rückzug aus dem Zusammenhalt. Dem treten wir entgegen – im Kreistag, in den Stadt- und Gemeinderäten und überall dort, wo Menschen auf einen verlässlichen Staat angewiesen sind.

Für Rückfragen:

SPD AUGSBURG-LAND

Grottenau 4

86150 Augsburg

Vorsitzender: Fabian Wamser

Mobil 0151 44341455

Mail fabian.wamser@spd-augsburg-land.de